

Kleine Anfrage

des Abg. Dieter Hillebrand CDU

und

Antwort

**des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren**

Verfahrensdauer in Schwerbehindertenangelegenheiten

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie lange haben die Verfahren bis zur Anerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft, die Widerspruchs- und schließlich die Klageverfahren im Landkreis Reutlingen sowie im Landkreis Tübingen in den vergangenen fünf Jahren gedauert?
2. Weshalb wird die Bearbeitungsdauer des Widerspruchsverfahrens beim Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung Landesversorgungsamt, statistisch nicht erfasst?
3. Weshalb erfolgt die statistische Erfassung der einzelnen Verfahren nicht zumindest bei der Ausgangsbehörde einzelfallbezogen, sodass die Gesamtverfahrensdauer von Antragstellung bis Rechtskraft des Urteils im Einzelfall darstellbar ist?
4. Inwiefern beabsichtigt sie, das Erfassungswesen hier umzustellen?
5. Welche Maßnahmen möchte sie ergreifen, um die Verfahrensdauer in Schwerbehindertenangelegenheiten künftig zu verkürzen?

27.11.2012

Hillebrand CDU

Begründung

In jüngster Vergangenheit gab die lange Verfahrensdauer in Angelegenheiten des Schwerbehindertenrechts immer wieder Anlass zur Beanstandung, sowohl vonseiten der Betroffenen als auch vonseiten der Interessenverbände, wie beispielsweise dem Sozialverband VdK. Zwar ist die Dauer von Fall zu Fall unterschiedlich, im Ergebnis ist die Verfahrensdauer jedoch zu lang. Teilweise gehen durch Widerspruchsverfahren und die sich anschließenden Gerichtsverhandlungen Jahre ins Land, bis ein Fall abgeschlossen werden kann. Dies ist für die Betroffenen eine sehr große Belastung. Mit der Kleinen Anfrage soll geklärt werden, was die Ursachen für die lange Verfahrensdauer sind, und welche Maßnahmen die Landesregierung zur Beseitigung der Missstände ergreifen möchte.

Antwort

Mit Schreiben vom 27. Dezember 2012 Nr. 32-0141.5/15/2774 beantwortet das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren in Einvernehmen mit dem Justizministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie lange haben die Verfahren bis zur Anerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft, die Widerspruchs- und schließlich die Klageverfahren im Landkreis Reutlingen sowie im Landkreis Tübingen in den vergangenen fünf Jahren gedauert?

Hinsichtlich der durchschnittlichen Bearbeitungsdauer der Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren bei den Landratsämtern Tübingen und Reutlingen wird auf die nachstehende Tabelle hingewiesen. Die Daten lassen sich allerdings nur näherungsweise bestimmen.

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer der verschiedenen Antragsarten in Tagen					
	Erstanträge	Änderungsanträge	Nachprüfungsverfahren	Widerspruchsverfahren	
2007					
Tübingen	126	108	213		138
Reutlingen	144	135	202		158
2008					
Tübingen	119	108	202		154
Reutlingen	104	101	157		118
2009					
Tübingen	95	95	150		146
Reutlingen	88	84	141		96
2010					
Tübingen	91	95	146		186
Reutlingen	96	107	185		114
2011					
Tübingen	91	106	167		170
Reutlingen	99	114	203		158

Über die Verfahrensdauer der Klageverfahren berichtet das Justizministerium wie folgt:

Jahr 2007				
	Land insgesamt		Sozialgericht Reutlingen	
	Alle Klage- verfahren	davon Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	Alle Klage- verfahren	davon Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX
Erledigungen	32.400	5.024	3.618	515
Verfahrensdauer in Monaten	11,8	12,9	12,8	14,3
Jahr 2008				
	Land insgesamt		Sozialgericht Reutlingen	
	Alle Klage- verfahren	davon Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	Alle Klage- verfahren	davon Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX
Erledigungen	33.388	5.274	3.800	557
Verfahrensdauer in Monaten	12,2	13,9	13,4	15,3
Jahr 2009				
	Land insgesamt		Sozialgericht Reutlingen	
	Alle Klage- verfahren	davon Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	Alle Klage- verfahren	davon Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX
Erledigungen	34.441	5.287	3.922	609
Verfahrensdauer in Monaten	12,4	13,8	13,8	15,9
Jahr 2010				
	Land insgesamt		Sozialgericht Reutlingen	
	Alle Klage- verfahren	davon Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	Alle Klage- verfahren	davon Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX
Erledigungen	35.137	5.498	3.703	640
Verfahrensdauer in Monaten	12,3	13,8	13,1	16,2
Jahr 2011				
	Land insgesamt		Sozialgericht Reutlingen	
	Alle Klage- verfahren	davon Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	Alle Klage- verfahren	davon Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX
Erledigungen	37.066	6.112	3.800	649
Verfahrensdauer in Monaten	12,5	14,3	13,2	16,0

Das Sozialgericht Reutlingen ist neben den Kreisen Reutlingen und Tübingen auch für die Landkreise Freudenstadt, Rottweil, Schwarzwald-Baar-Kreis, Tuttlingen und Zollernalbkreis zuständig. Eine Unterteilung der gerichtlichen Verfahren nach Landkreisen ist in der Geschäftsstatistik der Sozialgerichtsbarkeit nicht möglich.

2. Weshalb wird die Bearbeitungsdauer des Widerspruchsverfahrens beim Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung Landesversorgungsamt, statistisch nicht erfasst?

Die Bearbeitung der Widersprüche erfolgt in zwei Schritten. Nach Eingang des Widerspruchs prüft zunächst das Landratsamt, ob eine Abhilfe möglich ist. Ist dies nicht der Fall, wird die Akte an die zuständige Widerspruchsstelle (als Teil des LV-Amtes) abgegeben. Auf die Dauer der Abhilfeverfahren bei den Landratsämtern hat das LV-Amt keinen Einfluss.

Bei der Widerspruchsstelle werden die Fälle in der Reihenfolge des Eingangs bearbeitet. Obwohl sich die Zahl der Widerspruchsverfahren seit dem Jahr 2000 von ca. 20.000 auf jetzt fast 29.000 Verfahren erhöht hat, ist es bisher gelungen, den allergrößten Teil nach spätestens 4 Wochen zu erledigen. Eine Erfassung der Bearbeitungszeiten ist auch in Zukunft nicht vorgesehen, weil die Bearbeitungsdauer der Abhilfeverfahren bei den Landratsämtern nicht bekannt ist.

3. Weshalb erfolgt die statistische Erfassung der einzelnen Verfahren nicht zumindest bei der Ausgangsbehörde einzelfallbezogen, sodass die Gesamtverfahrensdauer von Antragstellung bis Rechtskraft des Urteils im Einzelfall darstellbar ist?

Ein generelles Erfordernis, die Gesamtverfahrensdauer im Einzelfall zu speichern, wird vom Sozialministerium nicht gesehen, zumal dafür eine gesetzliche Regelung erforderlich wäre, welche die Landkreise als Ausgangsbehörde zur Mitwirkung verpflichten müsste. Die Belange der Widerspruchsführer werden schon dadurch geschützt, dass sie gemäß § 88 Abs. 2 Sozialgerichtsgesetz (SGG) nach Ablauf von 3 Monaten Untätigkeitsklage erheben können, wenn „ein Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsakts ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht beschieden worden ist“.

4. Inwiefern beabsichtigt sie, das Erfassungswesen hier umzustellen?

Die Einführung eines neuen Erfassungssystems bei den Landratsämtern ist nicht beabsichtigt.

5. Welche Maßnahmen möchte sie ergreifen, um die Verfahrensdauer in Schwerbehindertenangelegenheiten künftig zu verkürzen?

Seit der Verwaltungsstrukturreform übt das Landesversorgungsamt (Abteilung 10 des Regierungspräsidiums Stuttgart) nur noch die Fachaufsicht über die in die Landratsämter (LRÄ) eingegliederten Versorgungsämter (VÄ) aus. Das LV-Amt hat weder Einfluss auf die Organisation noch auf die personelle Ausstattung der VÄ. Die generelle Dauer der Verwaltungsverfahren (Erst- und Änderungsanträge, Nachprüfungsverfahren von Amts wegen) bei den LRÄ kann deshalb vom LV-Amt nicht beeinflusst werden.

Im Jahre 2011 waren 86.135 Erst- sowie 175.584 Änderungsanträge, insgesamt 261.719 Verfahren, zu bearbeiten. Bei der Vielzahl der Fälle kann eine Entscheidung in aller Regel nur auf der Grundlage der bei den behandelnden Ärzten vorhandenen Befundunterlagen getroffen werden.

Die Antragsteller bzw. Berechtigten werden deshalb gebeten, bereits vorhandene Befunde zur Verfahrensbeschleunigung dem Antrag beizufügen. Werden keine Unterlagen beigefügt, müssen die behandelnden Ärzte angeschrieben werden.

Die Dauer der Verwaltungs- und Abhilfeverfahren bei den LRÄ wird deshalb auch wesentlich von der Bereitschaft der Ärzte beeinflusst, zeitnah auf eine Anfrage zu antworten.

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Baden-Württemberg nicht über dem Bundesdurchschnitt liegt.

In Vertretung

Lämmle

Ministerialdirektor